
Claus Offe

Die Integration nach- kommunistischer Gesellschaften: Die ehemalige DDR im Vergleich zu ihren osteuropäischen Nachbarn*

Ich gehe bei der folgenden vergleichenden Betrachtung der mittel- und osteuropäischen Transformationsprozesse von einem begrifflichen Schema aus, das dazu dient, drei Modi der makro-sozialen Integration nationaler Gesellschaften zu unterscheiden. Bei Gesellschaftsvergleichen ist es üblich, die „Ebenen“ oder „Aspekte“ der Ökonomie, der politisch-institutionellen Verfassung und der Kultur beschreibend gegenüberzustellen und Wahlverwandtschaften und Wechselwirkungen zwischen ihnen zu analysieren. Diese Begrifflichkeit bewährt sich auch angesichts von Phänomenen eines rapiden sozialen Wandels, wie ihn in vorbildloser Weise die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften gegenwärtig durchmachen. Dieser Wandel vollzieht sich auf allen drei Ebenen *gleichzeitig*. Der Umstand, daß der Prozeß der Transformation selbst von keiner theoretischen Konzeption, revolutionären Strategie oder bewährtem Vorbild geleitet ist, macht es ganz unwahrscheinlich, daß das Ergebnis das einer gelungenen ökonomischen, politischen oder kulturellen „Integration“ sein wird.

Mit dem Begriff der „Integration“ verbinden wir Vorstellungen wie Dauerhaftigkeit, Stabilität, verlässliche Handlungskoordination in einer insoweit „wohlgeordneten“ Gesellschaft. Integration mißt den Abstand, den eine Gesellschaft vom Hobbes'schen Naturzustand erreicht hat, nicht unbedingt auch ihre Annäherung an einen erreichbaren Idealzustand. Die leitende sozialwissenschaftliche Frage meiner Überlegungen ist, welche der nachkommunistischen Transformationsgesellschaften welches Maß an Integration im Zuge des Wandels ihrer nationalen Kultur, ihrer Ökonomie und ihrer institutionellen Verfassungsordnung erreichen und wie Differenzen im *Niveau* und im *Modus* der Integration zu erklären sind.

Kennzeichen eines ausgeprägten Modus der *kulturellen* Integration wäre eine (ggf. durchaus chauvinistische) Vorstellung von der Einheit der eigenen Gesellschaft, die von ihren Angehörigen als in der eigenen Geschichte, Sprache, Tradition und Religion begründet angesehen wird.

Vortrag, 26. Deutscher Soziologentag, Düsseldorf, 28.9.-2. 10. 1992 (gekürzt).

Der *politische* Modus der Integration würde durch starke Geltung von Verfassungsnormen und durch starke, u. U. auch höchst repressive politische Institutionen sowie durch deren Fähigkeit indiziert, politische Konflikte zu regulieren und zu zentralisieren. Der *ökonomische* Modus der Integration schließlich beruht auf dem Bewußtsein eines in Zeit und Raum kontinuierlichen Zusammenhanges von Investition, Produktion und Konsum, der alle Teile der Gesellschaft einbezieht und auf die Erfüllung geltender Kriterien von Wohlstand und Sicherheit zumindest Aussicht bietet; dabei sind Verteilungskonflikte, auch solche intensiver Art, kein Hindernis, sondern sie können einen Beitrag zur ökonomischen Integration leisten. Denn nicht Konflikte sind ein Anzeichen von Desintegration, sondern nur der Konflikt darüber, welche Konflikte maßgeblich und nach welchen Prozeduren sie auszutragen sind.

Ich werde mich hier allein mit einigen Vergleichsgesichtspunkten beschäftigen, die den Modus der Integration der nachkommunistischen Gesellschaft der ehemaligen DDR bestimmen und zugleich von dem Modus und Niveau der Integration einiger ihrer vormaligen Comecon-„Bruderländer“ unterscheiden. Dabei werde ich nacheinander vier unterschiedliche Perspektiven einnehmen, in denen die DDR jeweils als „Normalfall“, als „Spezialfall“, als „Ausnahmefall“ und dann doch wieder als ein „Modellfall“ erscheint.

I.

Beginnen möchte ich mit einer Reihe von *übereinstimmenden* Merkmalen der Revolutionen in Osteuropa. Sie lassen sich in den folgenden Punkten resümieren:

- (a) Die Umwälzungen der Jahre 1989-91 unterscheiden sich von den klassischen Revolutionen der Moderne (vorab also der französischen, russischen und chinesischen Revolution) dadurch, daß sie nicht in der Form einer „Theorie“ des revolutionären Fortschritts auftreten, die von einer mit nicht-institutionellen Mitteln zur Macht gelangten revolutionären Elite exekutiert wird. Jedenfalls war das Mißtrauensvotum, das die Geschichte über das Regime des parteimonopolistischen Staatssozialismus verhängt hat, kein konstruktives.
- (b) Der Serien-Zusammenbruch der kommunistischen Regimes war systemintern ebensowenig wie systemextern antizipiert oder auch nur als Möglichkeit reflektiert worden. Die bei der Betrachtung anderer revolutionärer Prozesse bewährte Vorstellung, daß Widersprüche „reifen“, „sich zuspitzen“ und allmählich bewußt werden, ist in die-

sem Falle allenfalls eingeschränkt brauchbar. Dieser Umstand läßt die Deutung zu, daß es sich trotz aller Steuerungs- und Integrationsprobleme, an denen die realsozialistischen Regimes laborierten, nicht um einen sich über lange Zeit hinweg anbahnenden und letztlich immanent ausgeweglosen Krisen- und Konfliktprozeß handelte, sondern um eine eher unwahrscheinliche Konstellation von personengebundenen, ökonomischen, politischen und internationalen Sachverhalten, in die man allenfalls im Rückblick eine gewisse Zwangsläufigkeit hineinlesen kann.¹

- (c) Der Zusammenbruch der nationalen kommunistischen Regimes im Jahre 1989 und in ihrer Folge auch der ökonomischen und militärischen Blockstrukturen war durch eine grenzüberschreitende Kausalität bestimmt. Diese Kausalität funktionierte nach Art eines Domino-Effekts, der sowohl auf Eliten- wie auf Massenebene wirksam wurde. Dabei war der wichtigste kausale Faktor die unmißverständliche Weigerung der sowjetischen Führung, unter Einsatz ihres Militärpotentials ähnlich wie 1953, 1956, 1968 und 1981 als Rückversicherungsanstalt der realsozialistischen Ordnung einzuspringen.
- (d) Als Folge des Verzichts auf die militärische Option der gewaltsamen Unterdrückung der oppositionellen Bewegungen, aber auch als Folge der strategischen Klugheit und politischen Reife der Oppositionsbewegungen selbst, vollzog sich die Umwälzung — mit Ausnahme des rumänischen Falles — weitgehend gewaltfrei.
- (e) Die nationalen Regimeveränderungen in Mittel- und Osteuropa sind durch das gemeinsame Merkmal bestimmt, daß sie — schon mangels der dafür benötigten ökonomischen Reserven — nicht von der Zielvision eines „dritten“ oder gar „eigenen Weges“, sondern ganz überwiegend von der Absicht bestimmt waren, westeuropäische Vorbilder der politischen, ökonomischen und kulturellen „Modernität“ langfristig in den entsprechenden Ländern nachzubilden.
- (f) Eine weitere Gemeinsamkeit der von der Umwälzung betroffenen Länder besteht darin, daß sie sämtlich in ein historisch weit zurückreichendes Muster der sozialräumlichen Organisation Mittel- und Osteuropas eingebettet sind. Dieses Muster besteht einerseits in einem in

Dieses hohe Maß an "Kontingenz", der Umstände, unter denen es zum *Zusammenbruch* der staatssozialistischen Regimes kam, kann in Zusammenhang gesetzt werden mit der Kontingenz der Umstände, unter denen diese Regimes als Folge von Angriffskrieg und Niederlage Hitler-Deutschlands nach 1945, anders als in der Sowjetunion selbst nach 1917 und in Jugoslawien nach 1945, durch eine externe imperiale Macht *eingerrichtet* und am Leben erhalten worden sind.

Westeuropa ganz ungewohnten Maß an ethnischer, religiöser und sprachlicher „Mischbesiedlung“, andererseits in der gemeinsamen Einbettung dieser Länder in die übergreifende Struktur eines von West nach Ost verlaufenden Modernitätsgefälles. Der „Osten“ — mit allen negativen Konnotationen dieses Begriffs wie kulturelle, politische und wirtschaftliche Rückständigkeit — beginnt immer an der Ostgrenze des eigenen Territoriums. Ausgeprägte Überlegenheitsgefühle treten durchweg im Umgang mit den östlichen Nachbarn auf, am markantesten wohl bei den (ihrerseits „Ost-“) Deutschen gegenüber allen übrigen Comecon-Mitgliednationen.

Trotz dieser wichtigen Gemeinsamkeiten, welche die postkommunistischen Länder aufweisen, ist es fraglich, ob diese Gemeinsamkeiten einer von allen sechs Ländern geteilten „Blockzugehörigkeitsidentität“ selbst von maßgeblicher Bedeutung für den Entwicklungspfad dieser Gesellschaften und für Modus und Niveau ihrer Integration sein werden. Denn diesen Gemeinsamkeiten, so lautet ein erster Selbsteinwand, stehen Differenzen gegenüber, die sich als höchst *unterschiedliche* Ausstattung der einzelnen Länder mit Ressourcen zur Bewältigung nicht identischer, sondern allenfalls *ähnlicher* Probleme ausnehmen.

II.

Worin bestehen diese Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den osteuropäischen Gesellschaften? Zur Klärung dieser Frage soll eine *Typologie* der sechs ost- und mitteleuropäischen Übergangsgesellschaften dienen (vgl. Schaubild 1). Diese Typologie ergibt nach allen fünfzehn verwendeten Variablen eine bemerkenswert robuste Klassifikation, in der jedesmal dieselben beiden Länder größere Gemeinsamkeiten untereinander aufweisen als mit einem der vier anderen Länder. Es handelt sich um die mit jeweils zwei Fällen besetzten „Klassen“ der vorwiegend durch *ökonomischen* Erfolg integrierten Gesellschaften der DDR und CSSR, der vorwiegend durch *nationale* Identität integrierten Systeme Polens und Ungarns sowie die vorwiegend durch *repressive* politische Herrschaft integrierten Länder Rumänien und Bulgarien.

Die „*realsozialistischen Erfolgskinder*“ CSSR und DDR sind vorwiegend ökonomisch integriert und weisen untereinander, bei allen wichtigen Differenzen, in den folgenden Dimensionen große Ähnlichkeiten auf. Die Dauer des 1989-90 vollzogenen Regimewechsels ist — gemessen von seinem Beginn bis zu seiner Irreversibilität — relativ kurz. Er vollzog sich als Ergebnis eines raschen Bruchs², nicht als Resultat anhaltender Konflikte und Verhandlungen. Nach ihrer militärstrategischen Lage sind DDR und CSSR eindeutig als „Frontstaaten“ zu klassifizieren; in den Jahren 1953, 1961 und 1968 hat diese Lage (bzw. die aus ihr abgeleitete Unterstellung einer Gefährdung des internationalen Friedens) als Rechtfertigung für spektakuläre militärische Repressionsakte herhalten müssen. Ihr industrielles Potential ist, aufbauend auf hoher Vorkriegs-Industrialisierung, gut ausgebaut und wurde kontinuierlich weiterentwickelt; entsprechend hoch ist die industrielle Pro-Kopf-Produktion. Das Niveau der nationalen Integration ist in beiden Fällen gering, wenn auch aus gegensätzlichen Gründen: bei der DDR handelt es sich um *weniger* als eine Nation und bei der CSSR um mehr als *eine* Nation, nämlich um die in der gesamten siebenzigjährigen Geschichte des Staates als neuordnungsbedürftig betrachtete Koexistenz von zwei Titularnationen, den Tschechen und den Slowaken. Das Niveau der politischen Repression nahm in beiden Ländern ein mittleres Niveau ein. Nach der Wende von 1989 kam es zur weitgehenden Auswechslung der ökonomischen und v. a. der belasteten politischen³ Eliten, die freilich in der DDR wesentlich weiter ging als in der CSFR. Die Aussichten auf eine Integration in die Europäische Gemeinschaft sind bei der DDR kraft deutscher Vereinigung bereits erfüllt und bei der CSFR eher günstiger als bei den übrigen vier Ländern. In beiden Ländern, in der ehemaligen DDR und zumindest dem tschechischen Teil der CSFR, spielen interne oder externe Minderheiten keine Rolle als Gegenstand innen- oder außenpolitischer Konflikte; ethnische Konflikte folgen daher nicht der

² Dieser war schon durch die von diesen beiden Regimes praktizierte Repression, durch ihre Verurteilung der polnischen und ungarischen Reforminitiativen und der Politik Gorbatschows sowie, im Falle der DDR, durch die offene Rechtfertigung des Massakers vorgezeichnet, das die chinesische Führung am 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen Platz angerichtet hatte. Insofern bestand nicht nur auf der Seite der Partei- und Staatsführung keine Bereitschaft, mit der Opposition in Verhandlungen einzutreten, sondern auch auf Seiten der Opposition hätte sich jede Person selbst diskreditiert, die solche Verhandlungen mit den Vertretern eines solchen Regimes vorgeschlagen hätte.

³ In keinem der anderen Länder sind Gesetze von der Reichweite des deutschen Stasi-Unterlagengesetzes oder des tschechoslowakischen „Lustrationsgesetzes“ verabschiedet worden.

	(¹) Dauer des Transformationsprozesses („Zusammenbruch“)	(²) geostrategische Lage	(³) Industrie- produktion p. c.	(⁴) Niveau der „nationalen“ Integration	(⁵) Repressions- niveau des alten Regimes	(⁶) Kontinuität der pol./6k. Eliten	(⁷) institutioneller Wandel des ök. Systems	(⁸) Aussichten auf EG-Integration
s/ DDR	kurz	„Frontstaaten“	hoch	nicht er prekären oder prekär	mittel	niedrig	rasch („tabula rasa“)	eher günstig“
H/PL	lang	Mittellage	mittel	hoch	niedrig	mittel	langsam („transición pactada“)	entfernt
BG/ RO	sehr kurz	räumlich entfernt von Westeuropa	niedrig	fragmentiert	hoch	hoch	verschleppt (Elitenwechsel)	sehr entfernt
An- mer- kungen								* entfällt Tür DDR, noch nicht entschieden für SFR bzw. B&M

	(9) Minoritäten als Konfliktgegen- stand	(10) Geschichte der Wirtschafts- reform	(11) Geschichte der internen Oppo- sition nach 1968	(12) Verfassungs- entwicklung	(13) Umfang des privaten Sek- tors bis 1989	(14) konfessionelle Struktur	(15) internationale Krisen, militärische Repression	(16) Modus der Integration
CS/ DDR	keine	intensiv bis 1968, dann abgebrochen	schwach, spät einsetzend; Intellektuelle; (Kooptation/ Emigration)	setzt erst nach der territorialen Reorganisation ein; kein Refe- rendum	klein und abnehmend	bedeutende protestantische Elemente*	dramatisch (1953, 1961, 1968)	vorwiegend ökonomisch
1-1'PL	externe Minori- täten in Nach- barländern*	kontinuierlich und nach 1968 zunehmend	stark* und kontinuierlich; zunehmend	langsame Revi- sion der Verfas- sung des alten Regimes Referendum möglich	groß und zunehmend	römisch- katholisch**	mittel	vorwiegend national
BG/ RO	interne Minori- täten mit angrenzendem Patronagestaat	keine Wirt- schaftsrefor- men von Bedeutung	sehr schwach (Repression)	rasche Verab- scheidung einer neuen Verfas- sung; Retèren- dum durchge- führt	nicht vorhanden	orthodox- katholisch	undramatisch	vorwiegend repressiv
An- mer- kungen	* hier auch Slova- kei nach Tren- nung		* Unterschied: P° Massenebene H = Eliteebene, Partei		* PL: Landwirt- schaft II: Gewerbe, DL	* protestantische Mehrheit in DDR und in Böhmen und Mähren. ** starke prote- stantische Min- derheit in H	H: seit 1956 und Österreichvertrag PL: Kriegsrecht	

Schaubild 1: Eine Klassifikation der postkommunistischen Länder Mittel- und Osteuropa

zweiseitig-ethnozentrischen Logik von „Wir gegen *bestimmte* (und immer schon verhaßte) Andere“, sondern der situativen, historisch unfundierten, nur wohlstandschauvinistischen Logik von „Wir gegen *alle* Anderen“ — seien es nun Russen, Vietnamesen oder Roma. Die Geschichte der wirtschaftspolitischen Reformversuche bricht in beiden Ländern Ende der 60er Jahre im wesentlichen ab, vielleicht weil eine ausreichende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Krisenimmunität⁴ keinen zwingenden Bedarf an Initiativen zugunsten von mehr Marktsteuerung oder Dezentralisierung entstehen läßt. In beiden Ländern ist die Geschichte der internen Opposition kurz und undramatisch⁵; sie geht erst relativ spät über den Kreis intellektueller Dissidenten und gut abgekapselter oppositioneller Kirchenkreise hinaus — u. a. wohl deshalb, weil sich das Regime leisten kann, an die Masse der arbeitenden Bevölkerung ein loyalitätsbindendes „Schweigegeld“ auszuzahlen⁶ und relative Prosperität zu gewährleisten. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, daß in beiden Ländern eine eigenständige Verfassungsentwicklung erst nach der territorialen Neuordnung einsetzt (im Falle der DDR: durch sie). In beiden Ländern ist der private Sektor unter dem alten Regime klein und nimmt kontinuierlich ab; die traditionellen Bindungen an Westeuropa sind stark, werden aber durch repressive Kulturpolitik und einschneidende Reisebeschränkungen massiv an der Entfaltung behindert.

Ganz anders das Merkmalsprofil der beiden „*national integrierten Konfliktländer*“ Polen und Ungarn. Die wichtigsten Abweichungen von der ersten Ländergruppe sind die folgenden: Der Regimewechsel nimmt über

⁴ The GDR and Czechoslovakia „were able to avoid open economic crisis, loss of control over basic macro-economic proportions, and exposure to the shocks transmitted from the world economy“ (Batt 1991: 377)

⁵ Dabei unterscheidet sich die DDR noch von der CSSR durch das Fehlen eines Äquivalents zur Bürgerrechtsbewegung Charta 77 — von Gegenstücken zu einer polnischen „Solidarität“ oder zum ungarischen Reformkommunismus ganz zu schweigen. (Kocka 1990: 486)

⁶ Man könnte auch sagen: Die DDR war durch vergleichsweise begünstigte Umstände (wie bevorzugte Kredit- und Handelsbeziehungen zum westlichen Ausland) in der Lage, sich die Loyalität ihrer Bürger durch Gewährung von Wohlstand und Sicherheit auch *ohne* Reformen zu erkaufen, während die ungarischen Reformkommunisten bestrebt waren, diese „politische Kaufkraft“ durch Wirtschaftsreformen erst zu *generieren*. Das Scheitern dieser Reformversuche in den 80er Jahren zog dann in Polen und Ungarn ein Ausmaß politischer Desintegration und oppositioneller Aktivitäten nach sich, von dem die Führungsgruppen der DDR bis zuletzt kaum zu (alp)träumen brauchten. (cf. Batt 1991: 374-75)

eine Dekade in Anspruch und vollzieht sich in Gestalt wiederholter Konfrontationen zwischen Regierungselite und sozialen Bewegungen (Polen) oder durch Verhandlungen zwischen rivalisierenden Eliten (Ungarn). In beiden Ländern setzen sich Bürgerrechts- und Partizipationsforderungen früher und energischer durch als in den beiden „Frontstaaten“.⁷ Minderheitenkonflikte beziehen sich ganz überwiegend auf *externe* Minoritäten⁸, wengleich deutlich ausgeprägter in Ungarn (mit Minderheiten in der Slowakei, in Serbien und v. a. in Rumänien) als in Polen (mit einer starken und konzentriert siedelnden Minderheit in Litauen). Polen und Ungarn galten den Strategen des Warschauer Paktes wegen ihrer geographischen Lage als militärisch weniger sensible Länder, zumindest seit dem ungarischen Aufstand 1956 und nach der effektiven bündnispolitischen Neutralisierung Österreichs. Ungarn ist durch die Trianon-Verträge sowie durch die sowjetische Militärintervention von 1956 mit einem fortwirkenden nationalpolitischen Gravamen belastet, während bei den Polen die Fusion von nationalen und römisch-katholischen Symbolisierungen der kollektiven Identität überwiegt. Die Bevölkerung beider Länder hat mannigfache historische Gründe zur Klage über das *als* Nation erlittene Unrecht; daraus gewinnt sie jeweils ein hohes Maß an national vermittelter Integration. In beiden Ländern verläuft die verfassungspolitische Neuordnung immanent, d. h. in den Bahnen einer stückweisen Revision der alten Verfassung. Unter dem staatssozialistischen Regime ist der private Sektor in beiden Ländern groß geblieben bzw. kontinuierlich gewachsen, in Polen v. a. in der Landwirtschaft, in Ungarn in einer „zweiten Ökonomie“ von Gewerbe und Dienstleistung.

Wieder ganz anders nimmt sich bei allen internen Unterschieden das

⁷ Diese Differenz hatte die bekanntlich bedeutsame Folge, daß im September 1989 es die Regierungen Ungarns und Polens waren, die in der Frage der „Zeltplatz-“ bzw. Botschafts-Flüchtlinge ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der DDR ausdrücklich bzw. faktisch fallenließen, während sich die CSSR bis zum Ende im November an ihre Bündnispflichten hielt. (Pradetto 1991: 76) Die CSSR teilt mit der DDR das Merkmal, daß die Schlußphase des Regime-Zusammenbruchs extern, nämlich von den Vorgängen in den sozialistischen „Bruderländern“, induziert wurde.

⁸ Interne Minoritäten bilden in den beiden „homogensten“ Ländern Osteuropas schon quantitativ, aber auch wegen ihrer etablierten und anerkannten Minderheitenrechte, keinen relevanten Konfliktstoff. 95 Prozent der 40 Millionen Bewohner Polens sind sowohl polnisch als auch römisch-katholisch, und 90 Prozent der 11 Millionen Bewohner Ungarns sind Magyaren, wenn auch der römisch-katholischen Majorität eine starke protestantische Minorität gegenübersteht.

gemeinsame Profil der vornehmlich „*repressiv integrierten Agrarländer*“ Bulgarien und Rumänien aus. In beiden Fällen entzündet sich der abrupte⁹ und vergleichsweise gewaltsame, durch sichtbare innere Oppositionsaktivitäten nicht vorbereitete Zusammenbruch des alten Regimes an Konflikten mit *internen* Minoritäten, nämlich den Türken in Bulgarien und den Ungarn in Rumänien. Eine interessante Gemeinsamkeit der beiden Länder ist neben der orthodox-katholischen Staatskirche auch, daß sie bei den ersten freien Wahlen¹⁰ (ebenso wie Serbien und Albanien) Angehörige der Elite des alten Regimes in Führungspositionen brachten und daß andererseits die beiden Länder die ersten waren, die komplett neue Verfassungen plebiszitär angenommen haben und auch heute noch eine extrem hohe Eliten-Kontinuität aufweisen. Bulgarien ist das einzige Land des Ostblocks, das sich seit seines Bestehens, mitbedingt durch historisch verankerte unerschütterliche Loyalität gegenüber der russischen Führungsmacht sowie die solide Basis des Regimes in der Landbevölkerung, zu keinem Zeitpunkt seit dem Kriege durch abweichende Positionen, sei es auf Eliten- oder Massenebene, auffällig gemacht hat, während das rumänische Ceausescu-Regime, abgesehen von seiner eigenständigen Außen- und Außenwirtschaftspolitik, alle innenpolitischen Abweichungen durch extreme Repressionsmaßnahmen ausgeschaltet hat. Damit hängt zusammen, daß hinsichtlich militärischer Repressions- und Konfrontationsereignisse die Geschichte beider Länder eher undramatisch

⁹ In Bulgarien und v. a. in Rumänien vollzieht sich der Regimewechsel als historisches Minutenphänomen mit den Begleiterscheinungen einer spektakulären Brandstiftung (in der Parteizentrale in Sofia) bzw. in Rumänien eines quasi-justiziellen öffentlichen Totschlags des Präsidenten. Es wäre reizvoll, aber wohl verfrüht, die Stabilität und Robustheit der *Ergebnisse* des Transformationsprozesses mit seinem eigenen *Zeitverbrauch* in Beziehung zu setzen; zumindest das rumänische Beispiel scheint die Hypothese einer positiven Korrelation beider Größen zu bestätigen. Der scheinbar paradoxe Verlauf in diesen beiden Ländern besteht darin, daß die äußerste Abruptheit und z. T. Gewalttätigkeit des Regimewechsels nicht etwa zu besonders weitreichenden, sondern im Gegenteil zu besonders dürftigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen geführt hat. Insofern kann dort nicht, wie am ehesten noch in Polen und Ungarn, von einer *transicion pactada* und auch nicht, wie in DDR und CSSR, von *tabula rasa* die Rede sein, sondern, wie die Ergebnisse der ersten freien Wahlen in Bulgarien und Rumänien unterstreichen, von Elitenwechsel bei zunächst weitgehender *System-Kontinuität*.

¹⁰ In Rumänien trifft dies sogar auch auf die zweiten freien Wahlen vom 26. September 1992 zu; davon wich das Ergebnis der zweiten Wahlen in Bulgarien (Oktober 1991) nur knapp ab.

verlaufen ist. Rumänien (trotz seiner unabhängigen Außenpolitik) und Bulgarien (trotz seiner Minderheitenprobleme und seiner gemeinsamen Grenze mit zwei Nato-Staaten) sind als akute Brennpunkte internationaler Krisen nie in Erscheinung getreten.

Die typologisierende Durchsicht einiger wichtiger sozio-politischer Variablen des Regimewechsels und seiner Vorgeschichte zeigt, daß die DDR zusammen mit der CSSR einen von mehreren *Typen* realsozialistischer Länder repräsentiert und zunächst nicht als krasser Außenseiter, sondern eher als ein „*Spezialfall*“ gewertet werden muß, der die Rede von einem allein „deutschen Sonderweg“ oder einem deutschen „Exzeptionalismus“ rechtfertigen würde.

Dieser zweite Befund wird aber wiederum sofort fragwürdig¹¹, wenn man den Blick auf die *besonderen* Merkmale von (1) Ausgangslage, (2) Transformationsprozeß und (3) bisherigem Ergebnis der Umwälzung in der DDR lenkt. Dieser Perspektivwechsel ist geeignet, die DDR typologisch zu singularisieren und statt der gefälligen „Zwei-zu-Zwei-zu-Zwei“-Typologie eine „Eins-zu-Fünf“-Einteilung nahezu legen, welche die DDR als einen weit herausgehobenen *Ausnahmefall* erscheinen läßt.

(1) Die Ausgangssituation der DDR-Transformation

Die DDR war ein *Staat*, aber im Gegensatz zu den anderen Ländern keine *Nation* oder gar ein staatlicher Verband mehrerer Nationen. Sie war, der berühmt gewordenen Einsicht von Otto Reinhold zufolge, als „Arbeiter- und Bauernstaat“ eine nur durch ihre staatlich eingerichtete Wirtschaftsverfassung integrierte Gesellschaft. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes wirkte von Anfang an als eine Infragestellung der ohnehin schwachen Eigenstaatlichkeit der DDR. Die von der Bundesrepublik Deutschland normierte Sonderrolle eines jeden DDR-Bürgers als eines virtuellen Bundesbürgers und die über das Territorium der DDR hinausreichenden Identifikationsangebote der gemeinsamen Geschichte, Kultur und Sprache sowie der elektronischen Medien haben den Versuch, die

¹¹ Der Leser sei vorgewarnt, daß die Argumentation dieses Beitrages sich zwar durchaus zielstrebig, aber dennoch durch drei kumulative Selbsteinwände bewegt, sozusagen durch Haarnadelkurven, zu deren zweiter wir soeben gelangen.

DDR-Gesellschaft allein aus einer repressiv gestützten Wirtschaftsverfassung zu konstituieren, schließlich scheitern lassen.

Dieser Prozeß hat den Versuch als einen hyper-materialistischen Irrtum aufgedeckt, die Identität einer Gesellschaft und ihre Differenz gegenüber anderen Gesellschaften *allein* durch den in ihr installierten Wirtschaftsmechanismus zu begründen. Zu einem solchen Versuch hat es in keinem der Vergleichsländer Parallelen gegeben.

Das Scheitern dieses Versuches ist vor allem auch insofern instruktiv, als der Modus der rein ökonomischen Integration und Konstitution der DDR-Gesellschaft als solcher bemerkenswert erfolgreich war. Seine einzige gravierende Wirtschaftskrise hat das DDR-System in den letzten Monaten seiner Existenz erlebt, nämlich als Folge der im Sommer 1990 eingeführten Wirtschafts- und Währungsunion. Die DDR war das reichste und produktivste Comecon-Land, u. a. wegen seiner vorsozialistischen industriellen Struktur, seiner de facto-EG-Mitgliedschaft und der Kreditquellen, über das es in der alten Bundesrepublik verfügte.

Die DDR war das einzige aus den Folgen des Zweiten Weltkrieges hervorgegangene Regime im Ostblock, das insgesamt in der historischen Kontinuität nicht der Opfer, sondern der primären Aggressoren stand. „Während die Völker jenseits von Oder und Neiße ihre Kollaboration verarbeiten müssen, standen die Deutschen auf der Seite der Täter.“ (Habermas) Deshalb waren die Befreiung durch die Rote Armee und die sowjetische Besatzungsherrschaft nicht nur militärischer und politischer Ausgangspunkt der Geschichte der DDR, sondern auch Quelle einer stilisierten Legitimität, die als moralische Katharsis und Umkehr proklamiert wurde: Die DDR hat sich als „antifaschistischer“ Staat gegründet und als das „bessere“ Deutschland angepriesen, und diese betonte Wende gegen die eigene Geschichte taugte wohl tatsächlich bis in die späten 50er Jahre hinein als ein *politisch-moralisches* Substitut für die *nationalen* Integrationskräfte, auf die sich die neuen Regimes in den anderen osteuropäischen Ländern stützen konnten. Zwischen 1953 und der Mitte der 80er Jahre hat es in diesem Land weder auf Eliten- noch auf Massenebene ernsthafte regimefeindliche Positionen von nennenswerter Resonanz gegeben. Der frühzeitige Verzicht auf Ansätze zu einem nationalen Modus gesellschaftlicher Integration mag durch den Umstand mitbedingt gewesen sein, daß die DDR das einzige Land im Ostblock — und wohl überhaupt das ethnisch homogenste Land des europäischen Kontinents — war, in dem die Auseinandersetzung mit internen ethnischen Minderheiten oder Nationalitäten oder die Sorge um externe Minderheiten der eigenen Nation als Konfliktthema keine Rolle spielten. Diese Konfliktthemen waren in allen anderen fünf Ländern Anlaß, das Bewußtsein von nationaler Identität, Geschichte und Kultur wachzuhalten und zu schärfen.

Das Fehlen eines eigenen nationalstaatlichen Integrationsmodus, die tagtägliche, über die elektronischen Medien vermittelte Einbürgerungsofferte seitens der Bundesrepublik und der rapide Verschleiß dieses moralischen Konstrukts der „antifaschistischen“ Republik waren die ebenfalls für die DDR singulären Gründe dafür, daß sie in ihrer gesamten Geschichte vom Migrationssoz. bedroht war, den die ökonomisch prosperierende Bundesrepublik auf ihre Bevölkerung ausübte. Kein anderes Land hatte Anlaß, zu derartig spektakulären Mitteln zur Abwehr dieser Bedrohung zu greifen, wie es der Bau der Berliner Mauer im August 1961 war.

Die DDR war Wirtschaftsstaat, ohne Nationalstaat zu sein. Sie versuchte, diesen Mangel durch eine die eigene nationale Geschichte negierende „antifaschistische“ Legitimität zu ersetzen. Sie wurde in dieser fragilen Staatlichkeit, trotz ihrer ökonomischen Erfolge, bedroht durch die nationalstaatlichen Dauerofferten seitens der Bundesrepublik, deren bloße Existenz und vielfach auch deren Politik die interne Opposition geschwächt hat. Dieser Konfrontation mit dem westlichen Nachbarstaat konnte sich die DDR nur durch die physische Abriegelung der eigenen Bevölkerung nach Westen entziehen, zu der ein Bauwerk diente, das sich am 9. November 1989 endgültig nicht als „Schutzwall“, sondern im Gegenteil als Achillesferse des gesamten östlichen Paktsystems herausstellte.

(2) Der Verlauf des Transformationsprozesses in der DDR

Der wichtigste Unterschied zwischen der DDR und ihren ehemaligen Bruderländern besteht sicher darin, daß die Transformation sich in der Form der vertraglichen Selbstauflösung des Staates und Fusion („Beitritt“) mit dem anderen deutschen Staat vollzieht. Bevölkerung und Gebiet der ehemaligen DDR werden dem Rechts-, Wirtschafts-, Währungs- und Sozialsystem der alten Bundesrepublik unterstellt. Dagegen bleibt in den anderen ehemaligen „Bruderländern“ das Rechtssystem zunächst intakt.

Diese einmalige Rollenverteilung zwischen internen und externen Akteuren erklärt sich auch daraus, daß in der DDR eine Dissidentenbewegung oder interne Opposition bei der Vorbereitung der Umwälzung eine geringere Rolle spielte als irgendwo sonst.¹² Wegen dieser dominanten

¹² „Im ganzen blieb die innere Opposition in der DDR bemerkenswert schwach, viel schwächer als in den anderen Ländern, und das hing auch mit dem teils erzwungenen, teils freiwilligen Abstrom wirklicher und möglicher Dissidenten in die aufnahmebereite Bundesrepublik zusammen.“ (Kocka 1990: 486)

Rolle externer Akteure handelt sich bei der DDR weder um eine Transformation „von unten“ noch um eine solche „von oben“, sondern um eine „von außen“.

Zusätzlich zu dem raschen Verlust an nicht-wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen ist die Arbeitskraft der DDR als Folge des Institutionentransfers von einer „funktionalen“ Disqualifikation betroffen. Die Einführung neuer Institutionen und Technologien, die plötzliche Inkraftsetzung von „West-Standards“ auf allen Lebensgebieten, auf die die Arbeitskraft der DDR nicht eingerichtet ist, entwertet objektiv und entmutigt subjektiv das Humankapital. Die Folge ist ein Niveau der Arbeitslosigkeit, das in der Geschichte von Industriegesellschaften einmalig sein dürfte. So erzeugt die Entscheidung, die staatsrechtliche Einigung rasch und radikal zu vollziehen, einen sich selbst perpetuierenden Zeitdruck: Die soziale und wirtschaftliche Angleichung der Lebensverhältnisse muß schon im Interesse der Wanderungsprävention¹⁴ möglichst rasch gelingen; aber je rigorosere diese Angleichung betrieben wird, desto mehr verändern sich die Lebensverhältnisse für große Teile der Bevölkerung des Beitrittsgebiets in einer Weise, die sie, wo immer möglich, zur Abwanderung motiviert, was den Zeitdruck wiederum steigert, usf.

¹³ Dem entspricht, daß die Weise, in der der Regimewandel irreversibel wurde, im Falle der DDR nicht politisches Handeln von unten oder von oben war, sondern die private Abwanderung (zunächst über Ungarn und Prag, dann durch die geöffnete Mauer) *nach* „außen“ (vgl. Hirschman 1992). Die oppositionellen Kräfte haben nicht das Ende der DDR *herbeigeführt*, sondern sie waren nur die kurzlebige *Begleiterscheinung* dieses Endes.

¹⁴ Bekanntlich löst jede Wanderungsbewegung von Personen aus den „neuen“ in die „alten“ Bundesländer mindestens eines — und in unbekanntem Umfang auch beide — von zwei Problemen aus: eine Überlastung des westdeutschen Arbeits- und Wohnungsmarktes und einen Humankapital-Verlust in der ostdeutschen Ökonomie.

¹⁵ Nahziel der westdeutschen Politik, auch der Gewerkschaften, ist die Drosselung des Abstroms von Bürgern aus den neuen in die alten Bundesländer. Dies ist auch langfristig rational, weil die durch Abwanderung nur scheinbar „saniereten“ neuen Bundesländer in der Zukunft umso höhere Kosten für ihre Restrukturierung fordern würden. Aus gewerkschaftlicher Sicht dient dem Ziel der Wanderungsprävention eine rasche Lohnangleichung, die der Entwicklung der Produktivität weit vorausseilt. Verständlich, weil die Gewerkschaften daran interessiert sein müssen, daß die neuen Bundesländer kein internes Billiglohnland bleiben, das die Arbeitskraft abstoßen und (bestimmte Kategorien von) Investoren anziehen würde. Aber der Versuch, dies durch Lohnangleichung zu erreichen, ist selbstwidersprüchlich, weil eine produktivitätsüberschreitende

In der DDR kam es bekanntlich zu einer langfristigen Dezimierung der potentiellen Gegeneliten durch Auswanderung oder Ausbürgerung. Deshalb fehlten nach der Wende charismatische Personen, die den Wandel symbolisieren konnten.

Überall sonst ist von „Reform“ oder „Transformation“, auch von dem „Weg nach Europa“ die Rede, also von einer zielgerichteten *Selbstveränderung* der jeweiligen Länder. Im Falle der „neuen Bundesländer“ dagegen wurde daraus der „Einigungsprozeß“ oder die „Vollendung“ der Einheit.

Dieser einzigartige — und politisch wohl einzig praktikable — Modus der Transformation, den wir in der DDR beobachten, bietet zunächst offenkundige *Vorteile* gegenüber dem Modus der Transformation in den anderen Ländern. Diese müssen sozusagen ihr Boot auf offener See reparieren, während die DDR im Trockendock der BRD umgebaut wird. Die anderen vollziehen einen Münchhausen-Akt, während den neuen Bundesländern ein robuster Bergungskran zu Gebote steht. Diese externe Steuerung des Transformationsprozesses geht aber auch mit spezifischen *Nachteilen* einher, die in den anderen Ländern fehlen.

Worin bestehen diese Nachteile? Zunächst in den vielbeschriebenen Anzeichen einer unerfreulichen sozialpsychologischen „Befindlichkeit“. Zu diesen Nachteilen muß das rasante Tempo der institutionellen Umwälzung aller Lebensbereiche gerechnet werden, das in einer — anders als in Ungarn und Polen — an Reformdebatten und offene politische Konflikte nicht gewöhnten Bevölkerung Symptome panikartiger Desorientierung und Resignation auslösen muß. Zudem wird die nach außen verlegte Initiative von der Bevölkerung der ehemaligen DDR als ein Demokratie-Defizit erlebt, weil sie weitgehend daran gehindert ist, aus ihrem Minoritäts- und ökonomischen Schwächestatus heraus und mit eigenen politischen Institutionen an der Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnung wirksam teilzunehmen. Sie wird gleichsam kollektiv infantilisiert. Ein dritter für die Ex-DDR spezifischer Nachteil besteht darin, daß die Schmerzen und Mängel der Transformation nicht als absolute, sondern als *relative* Deprivation erlebt werden: Die Bevölkerung der DDR leidet nicht an der überall sonst manifesten *Armut*, dafür aber umso intensiver an ihrem *Rückstand* gegenüber dem Einkommens-, Beschäftigungs-,

Lohnangleichung zusätzliche Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern erzeugt, die dann erst recht die Abwanderungsneigung stimuliert, zumal Arbeitslosigkeit ein stärkerer Abwanderungsgrund ist als der Lohnrückstand. Das sind strategische Paradoxien, die sich in den anderen nachkommunistischen Ländern nicht oder doch nur in wesentlich milderer Form stellen — einfach, weil sie über rechtliche und kulturelle Außengrenzen verfügen.

Infrastruktur- und Wohlstandsniveau der alten Bundesländer. So machen die objektiv begünstigten Konditionen des Übergangs diesen subjektiv womöglich schmerzhafter als in den anderen Transformationsgesellschaften.

Indem die DDR auf dem Wege positiv-rechtlicher Satzung und „von außen“ transformiert wird, ist ihre Bevölkerung sowohl der Chance wie der Herausforderung enthoben, zur Gestaltung der eigenen Zukunft einen eigenen, auch moralisch anspruchsvollen Beitrag zu leisten. Sie ist zugleich politisch entmündigt und moralisch unterfordert¹⁶, während sich die westdeutsche Bevölkerung mit der ihren Eliten zugefallenen Alleinzuständigkeit für die Zukunft der DDR in puncto „Teilen“ rasch moralisch *überfordert* fühlen könnte.

Handfester als solche Symptome politischer und gesellschaftlicher Entfremdung sind die wirtschaftlichen Nachteile des Ausnahmefalles DDR. Durch die Wirtschafts- und Währungsunion war hier eine Situation geschaffen, die nicht nur, wie in allen anderen Ländern, mehr oder weniger rasch zum Zusammenbruch der östlichen und westlichen *Exportmärkte*, sondern zusätzlich noch zum plötzlichen und zumindest vorübergehenden Zusammenbruch des Binnenmarktes führte. Die Mengenelektivität der westdeutschen Anbieter und deren absatzpolitische Landnahme-Strategien verbanden sich mit Protestmotiven der DDR-Konsumenten zur einschneidenden Dezimierung der heimischen Produktion.

Das Niveau der Arbeitslosigkeit von etwa 40 Prozent gewinnt nicht nur aus quantitativen Gründen die Qualität eines beispiellosen Extremfalles, sondern auch qualitativ durch den Umstand, daß es ersichtlich und erklärtermaßen durch staatliche Instanzen, vorab die Tätigkeit der Treuhandanstalt, verursacht, gewollt bzw. geduldet ist und entsprechend *politisch verantwortet* werden muß. Anders als in Polen, Ungarn und der CSFR ist der deutsche Fall der postkommunistischen Privatisierung, in extremem Maße durch seine statistisch-diskretionären Merkmale¹⁷ bestimmt. Allein das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ markiert eine folgenreiche politisch getroffene Weichenstellung. Und was die Dispositionsmasse der nicht zur „Rückgabe“ anstehenden Staatsbetriebe angeht: Wer zu welchem Preis und Zeitpunkt und mit welchen strukturpolitischen und Beschäftigungsfolgen das Eigentum an welchen (und an den wie aufgeteilten und rekombinierten) Produktionsanlagen zuerkannt bekommt, das

¹⁶ „Nirgendwo war die politische Debatte über die Zukunft eines postsozialistischen Gemeinwesens so schwach entwickelt wie in der ‚Noch-DDR‘. (Wiesenthal 1992: 177)

¹⁷ Auch hierin ist vielfach eine Kontinuität des *status quo ante*, nämlich zum autoritären Paternalismus des SED-Regimes, gesehen worden.

entscheidet bei uns nicht, wie überall sonst, der Markt oder das Management oder ein Kupon-Verfahren oder ein Bankenkonsortium oder eine Holding-Gesellschaft¹⁸ oder ein interministerieller Ausschuß, sondern die Treuhandanstalt.

(3) Ergebnisse

Was das Niveau der *ökonomischen Integration* der Gesellschaft der Ex-DDR in die gesamtdeutsche Wirtschaftsgesellschaft angeht, so sind aufrichtige Vertreter zuversichtlich stimmender Szenarios heute kaum noch zu finden. Dies nicht nur deshalb, weil der Abstand der Einkommensentwicklung, der Beschäftigung, der Wohnungsversorgung, der ökologischen Bedingungen und der Infrastrukturausstattung größer ist und für längere Zeit bestehen bleiben wird, als dies von allen Sektoren der politischen Elite der Bundesrepublik noch zum Zeitpunkt der Einigung vorausgesagt wurde. Die Ungarn, Polen und Tschechen können die Ursachen ihrer (absolut sehr viel größeren) ökonomischen Schwierigkeiten niemandem zurechnen als ihren früheren Machthabern und damit letztlich „sich selbst“; nachdem die Machthaber abgesetzt sind, lassen sich aus dieser Zurechnung keine Konflikte mehr generieren, einfach weil ein Konfliktgegner fehlt. Anders im Falle der Bundesrepublik Deutschland neuen Formats, in der die institutionell unregulierte Umverteilung von West nach Ost zum Hauptthema der verteilungspolitischen Konflikte geworden ist. Hier *gibt es* einen verteilungspolitischen Gegner und Adressaten für Forderungen (oder auch Aggressionen) — wenn es auch für diesen völlig neuartigen Fall keine weithin geteilte *moralische Norm*¹⁹ und keine institu-

¹⁸ Sie ist bei ihren Entscheidungen über die zur Privatisierung ausgeschriebenen Betriebe (oder von ihr herausgelösten Betriebsteile) nicht gehalten, „das beste oder irgendein Angebot zu berücksichtigen“, wie es in den entsprechenden Anzeigentexten heißt. — Der etatistisch-diskretionäre Zug der deutschen Privatisierungspolitik wird auch dadurch unterstrichen, daß die zunächst stärker am Eigentumsrecht orientierte Disposition über DDR-Vermögen, also die Priorität für Reprivatisierung, gegenwärtig Zug um Zug auf die Orientierung an der Eigentumsfunktion, nämlich die Beschleunigung der stockenden Investitionen, umgestellt wird.

¹⁹ Die Frage ist, ob, in welchem Umfang, für welche Dauer und vor allem aus welchen moralisch zwingenden Gründen die westdeutschen Transferegeber ihre Belastungen zugunsten des „Beitrittsgebiets“ akzeptieren werden. Diese fallen in Gestalt von Preisen, Steuern, Abgaben, Beiträgen und Zinsen, womöglich auch bald in Gestalt kontrahierter Lohnverzichte an und betreffen insofern

tionalisierte Verfahrensregeln gibt, aus denen man ableiten könnte, welcher der beiden Seiten eigentlich wieviel „zusteht“.

Weiter kompliziert wird das Problem der ökonomischen Integration dadurch, daß die beiden Verteilungskonflikte Ost-West und Arbeit-Kapital sich unvermeidlich miteinander verquicken. Der Punkt, an dem dies geschieht, ist durch zwei naheliegende, innenpolitisch zunehmend brisant werdende Fragen markiert: (1) Welche verteilungspolitischen *Kompensationen* stehen den westdeutschen Arbeitnehmern eigentlich dafür zu, daß sie durch ihre Steuern und Beiträge in der Größenordnung von bis zu 50 Prozent für die Subventionierung der privaten Kapitalbildung in den neuen Bundesländern aufkommen? Und spiegelbildlich dazu die Frage: (2) Welche fiskalischen oder *Beitrags-Belastungen* sind eigentlich denjenigen sprichwörtlich „besser Verdienenden“ billigerweise aufzuerlegen, deren Ressourcen für die Alimentierung der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot in den neuen Bundesländern benötigt werden? Für solcherlei ungewohnte „diagonale“ Verteilungskonflikte fehlt in den anderen nachkommunistischen Ländern jede Entsprechung.

Nicht günstiger nimmt sich der Befund aus, wenn wir nach dem Maß — und nach den Aussichten für eine Verbesserung — der *politisch-institutionellen* Integration der ehemaligen DDR in das gesamtdeutsche politische System fragen. Zwar ist die DDR durch Einigungsvertrag und Nutzung des Artikel 23 GG für ihren Beitritt in den Geltungsbereich des für diesen Zweck nur marginal revidierten Grundgesetzes einbezogen. Als mittelbare und unmittelbare Folge der Ereignisse von 1989 ist jedoch die deutsche Verfassung heute in mehr und wichtigeren Punkten dem Revisionsdruck ausgesetzt als zu irgendeinem früheren Zeitpunkt ihrer Geschichte. Daraus wird man schließen müssen, daß der solide Verfassungskonsens, der die Entwicklung der alten Bundesrepublik getragen hat und der ja

jeden Bürger der alten Bundesländer. Was die moralischen Gründe angeht, diese Belastungen zu tolerieren, so kumulieren sich hier die folgenden Negativ-Argumente: (1) das Motiv der „nationalen Solidarität“ ist schwer plausibel zu machen, wo doch andere (Länder oder Gruppen von Notstands-Betroffenen) der Hilfe viel dringender bedürfen; (2) die westdeutschen Bürger hatten wegen Art. 23 GG keine Gelegenheit, sich durch einen kollektiven Willensakt zur Übernahme dieser Lasten, die zudem von den politischen Eliten rhetorisch verkleinert worden sind, verbindlich selbst zu verpflichten; (3) eine Beschränkung dieser Belastungen liegt auch im Interesse der neuen Länder selbst, da bei einer weiteren Steigerung die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft so ruiniert würde, daß ihre objektive einigungspolitische Belastbarkeit in Zukunft noch weiter sinken müßte.

durch die Nicht-Erfüllung des Auftrages des Art. 146 GG konserviert werden sollte, heute weniger robust ist als vor der Vereinigung beider deutscher Staaten. Als ein weiterer Eckstein der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung wird mit Sicherheit das System des „kooperativen Föderalismus“ mit seiner flexiblen Gewalten- und Ressourcenteilung in Mitteleuropa gezogen, weil die enormen finanziellen Belastungen des Einigungsprozesses nur durch den Bund getragen werden können, der zu diesem Zweck weitere zentralstaatliche Kompetenzen an sich zu ziehen veranlaßt ist. Das politische System der alten Bundesrepublik war durch ein hohes Maß an Kooperation und Einvernehmen zwischen zentralstaatlichen Akteuren, Parteien, Gerichtsbarkeit, Gebietskörperschaften, Arbeitgebern und Gewerkschaften bestimmt. Dieses auf Selbstverwaltung, Konsultation und laufender Kompromißbildung beruhende System ist nicht nur kurzfristig kaum auf die Verhältnisse in den neuen Bundesländern auszudehnen, sondern die Vereinigung droht auch, wegen des von ihr ausgelösten gewaltigen Zeit- und Kostendrucks, diese eingespielte Mechanik der horizontalen und vertikalen Interessenvermittlung empfindlich zu stören. Ein Beispiel dafür sind die „Beschleunigungsgesetze“, ein anderes die exekutiven Eilmärsche zur Anpassung des ostdeutschen Wissenschafts- oder auch Gesundheitswesens, bei der bisher gültige Verfahrensregeln und -gewohnheiten sichtlich ramponiert worden sind. Beobachter aus den neuen Bundesländern sprechen hier treffend von einer „Verostung“ der bundesrepublikanischen Staatspraxis, also einer Angleichung an die wenig umschänkte, dabei weithin intransparente staatliche Machtentfaltung, die für das realsozialistische Staatswesen kennzeichnend war. Als ein weiterer Schwachpunkt der Verfassungspraxis und Rechtsordnung, der die politisch-institutionelle Integration der ostdeutschen Gesellschaft und der Bundesrepublik insgesamt untergräbt, ist der „vergangenheitspolitische“ Eifer zu erwähnen, mit dem Parlamentsausschüsse, Gerichtsbarkeit und Gauck-Behörde die mit juristischen Mitteln ohnehin nicht beizulegenden Streitigkeiten über Schuld und Verantwortung, Herrschaftskriminalität und Opferstatus wachhalten. Überall sonst, zumindest in Böhmen und Mähren, in Ungarn und in Bulgarien, scheint es eine negative Korrelation zwischen früherer Dissidenz und heutigem Strafverlangen zu bestehen, und eine positive zwischen früherem Mitläufertum und heutiger Punitivität. Aber weil die DDR-Opposition nach der Wende politisch nicht zum Zuge gekommen ist, scheinen sich viele ihrer Angehörigen im Wege politischer Ersatzhandlung auf die Abrechnung mit dem alten Regime zu fixieren. Ebenso nehmen die Eliten der alten Bundesrepublik schon aus Gründen des Parteienwettbewerbs Anlaß, die personalpolitische Bereinigung der DDR-Vergangenheit besonders puristisch und rigoros zu betreiben, zumal „Ersatzpersonal“ aus Westdeutschland beschafft

werden kann und deshalb, anders als in den übrigen Ländern, das Entstehen von empfindlichen Humankapital-Lücken im öffentlichen Sektor nicht zu befürchten ist.

Was schließlich — drittens — den Modus der *national-kulturellen Integration* angeht, so sieht auch hier die vorläufige Bilanz nicht günstig aus. In Ungarn und v. a. in Polen hat die Umwälzung in einem an 1848 gemahnenden Einklang von nationaler und Befreiungsbewegung gestanden. Das nationale Motiv machte sich — entsprechend den Besonderheiten der Geschichte und Vorgeschichte der DDR, im Osten Deutschlands allenfalls in kurzlebiger und instrumentell eingesetzter Weise geltend.

Die gequälte Terminologie, mit der wir uns auf den zentralen Gegenstand der deutschen Politik beziehen, ist symptomatisch und nebenbei ein dankbares Tätigkeitsfeld für Sprachsoziologen. Mit dem Ausdruck „ehemalige“ oder „Ex-“DDR beziehen wir uns auf dieses Objekt als auf ein Nullum, auf etwas nicht (mehr) Seiendes. Der Terminus „die fünf neuen Bundesländer“ hat den doppelten Nachteil, (a) das Gebilde zu dividieren, d. h. aus seiner Einheit eine Fünfheit zu machen, zu der es zudem erst nach dem Abschluß seiner Geschichte geworden ist, und (b) schlicht unkorrekt zu sein, weil es den Ostteil Berlins, die ehemalige „Hauptstadt der DDR“ einfach ausklammert. Der Terminus „Ostdeutschland“ flüchtet sich in die Geographie — so, als ob es vom Aufenthaltsort des Sprechers abhinge, wo der „Osten“ anfängt, und nicht von einer im Bewußtsein doch klar präsent gewesenen Westgrenze des „Ostens“. Auch das „Beitrittsgebiet“ oder „das in Art. 3 EVertr bezeichnete Gebiet“ beschwört lediglich terminologisch eine Diskontinuität²⁰, der doch die tagtäglich evidente Kontinuität der ökonomischen, kulturellen und politischen Sachverhalte gegenübersteht. Die einzige Bezeichnung, die wenigstens den Vorteil der Korrektheit hätte, wäre der (zugegeben: unübliche) Ausdruck „das GDR“ (nicht für *German Democratic Republic*, sondern für *Gebiet der Deutschen Reichsbahn*); vielleicht empfiehlt sich diese Bezeichnung sogar deswegen, weil sie den Gegenstand unverblümt allein unter dem Gesichtspunkt einer von den alten Bundesländern zu initiiierenden fiskalischen und verwaltungstechnischen Sanierungsstrategie ins Auge faßt.

Ihre Namenlosigkeit macht die DDR-Gesellschaft auch institutionell gestaltlos. Sie ist nicht adressierbar und hat sich gleichsam nach Unbekannt verzogen. Einem sozialen Sachverhalt einen Namen geben bedeutet, ihm Anerkennung zu gewähren und Selbst-Anerkennung zu erlauben.

²⁰ Ähnlich die rhetorische Figur, mit der die Westdeutschen sich nach 1945 auf die Resultate von Nationalsozialismus und Krieg als auf „die Stunde Null“ bezogen haben.

Beides wird der sozialen Tatsache der vom untergegangenen *DDR-Staat* sehr wohl übriggebliebenen *DDR-Gesellschaft* durch herrschenden westdeutschen Sprachgebrauch versagt. Man kann zwar, wie es die paternalistische Übung unserer Politiker ist, mit „den Menschen“ in den sogenannten neuen Bundesländern reden, nicht²¹ aber mit einer zur Rechtsperson verfaßten *Gesamtheit* dieser Menschen.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu jener Minderheit der westeuropäischen Länder, in denen ethnische und sprachliche Konflikte keine Rolle spielen und in denen es gelungen ist, konfessionelle und inter-regionale Konflikte durch starke föderalistische Strukturen zu entschärfen. Diese unauffällige und föderativ gebrochene Form der politisch-kulturellen Integration droht im Einigungsprozeß, der den innenpolitischen Haupt-Code „Ossi“ vs. „Wessi“ hervorgebracht hat, verlorenzugehen. Eine gleichsam inoffizielle Sonder-Identität derjenigen, die sich selbst gern mit leicht indigniertem Unterton als „gelernte DDR-Bürger“ bezeichnen, scheint sich gegenwärtig in Reaktion auf die zwiespältige kollektive Erfahrung auszubilden, in die alte Bundesrepublik gleichzeitig einbezogen und aus ihr ausgeschlossen zu sein. Diese vielschichtigen Verhältnisse haben in anderen postkommunistischen Systemen keine Parallele und führen zur Bildung von Ressentiments, Legenden und kognitiven Dissonanzen, welche die Sonder-Identität der DDR-Bevölkerung, vielleicht sogar ihre „Ethnifizierung“, weiter befestigen.

Aber diese innerdeutsche Sonder-Identität ist wohl nicht nur Reaktionsbildung auf die Umstände der Einigung, sondern auch kulturelles Residuum einer politischen Sozialisation, in der vier politisch-kulturelle Modernisierungsschübe *nicht* vorgekommen sind, welche die Erfahrungswelt zumindest der jüngeren und mittleren Kohorten in den alten Bundesländern entscheidend geprägt haben. Ich meine die Auseinandersetzung mit der Geschichte von Nationalsozialismus, Weltkrieg und Judenvernichtung, die in dem schon amtlich für „antifaschistisch“ erklärten DDR-Staat eine wesentlich geringere und zudem interessiert vereinseitigte Rolle spielte. Zweitens hat die DDR keine antiautoritäre Studentenbewegung erlebt, und ebensowenig den kulturellen und moralischen Modernisierungsschub der Frauenbewegung. Viertens war die DDR eine Gesellschaft, die wegen ihres verschwindenden (und meist auch noch in Militäranlagen und Wohnheimen kasernierten) Anteils an ausländischer Wohnbevölkerung sich selbst die Mühen multikultureller Koexistenz erspart

21 Ein interessantes Indiz hierfür ist auch die Tatsache, daß die Zahl der Abwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen DDR und die Entwicklung dieser Zahl — eine bevölkerungsstatistisch gewiß nicht unwichtige Kennzahl — aus administrativen Gründen nicht zuverlässig erfaßt werden kann.

hat. Zusammengenommen nötigen diese Umstände dazu, mit dauerhaften Brüchen der gesamtdeutschen kulturellen Integration zu rechnen, die sich auch mit nationalen Einheitssymbolen kaum aussichtsreich verkleben lassen.

IV.

Alle Merkmale des Ausgangspunktes, des Verlaufs und des bisherigen Ergebnisses der Umwälzungen in der DDR lassen diesen Landesteil also als ein Gebilde erscheinen, das von den Verhältnissen in sämtlichen ehemaligen „Bruderländern“ markant abweicht. Aber das wäre, wie ich meine, nun auch wieder eine fragwürdige Schlußfolgerung. Ich möchte deshalb abschließend — in einer weiteren Kehrtwendung meines Arguments — verdeutlichen, inwiefern die DDR in Wahrheit durchaus auch als Prototyp und *Modellfall* für eine Problemkonstellation nachkommunistischer Transformationspolitik gelten kann, die — wenn auch mit mehr oder weniger großer Verzögerung — den Entwicklungspfad aller hier in den Vergleich einbezogenen Länder bestimmen wird.

Die westlichen Demokratien können sich aus einer Reihe von Gründen, darunter auch aus zentralen Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen, nicht erlauben, die postkommunistischen Gesellschaften sich selbst zu überlassen. Dafür spricht kurzfristig schon das vitale Interesse an einer zuträglichen Migrationssteuerung. Nur wenn den Gesellschaften Osteuropas die Aussicht auf eine sich selbst tragende liberal-demokratische politische Struktur sowie eine verlässliche wirtschaftliche Rekonstruktion verschafft werden kann, also wenn Errungenschaften der westlichen Gesellschaftsverfassung nach Osten verpflanzt werden können, besteht Aussicht darauf, daß sich die Bevölkerungen dieser Länder *nicht* in beiderseits unzuträglichem Umfang selbst nach Westen verpflanzen. Das hat nichts mit Paternalismus, und es muß erst recht nichts mit einer erneuerten Landnahme im Osten zu tun haben.

Aber selbst wenn der Westen sich tatenloses Beobachten der Entwicklung leisten könnte, wäre er in den Prozeß der postkommunistischen Transformation schon dadurch verwickelt und würde für ihre Ergebnisse schon dadurch mitverantwortlich, daß die westlichen Gesellschaften fast überall als politisch-institutionelles, als wirtschaftliches und auch als kulturelles Vorbild für die eigene Zukunft der Transformationsgesellschaften gelten.

Für diese neuartigen Ost-West-Beziehungen ist nun der deutsche Fall in der Tat nicht bloßer Beispiels- oder abweichender Sonder-, sondern exem-

plarischer *Modellfall*. Der Epochenbruch, der mit dem Ende des Staatssozialismus markiert ist, bringt zugleich mit den Defiziten jener untergegangenen Gesellschaftsordnung auch einen Mangel der kapitalistischen Demokratien des Westens erneut ans Licht. Trotz der von ihnen proklamierten (und vermeintlich auch institutionalisierten) universalistischen, d. h. überall, immer und von allen menschlichen Wesen einsehbaren und umsetzbaren Prinzipien ist das diese Gesellschaftsordnung tragende Institutionensystem womöglich im doppelten Wortsinne unfähig, sich selbst zu „begründen“. Es handelt sich gleichsam um den Versuch, planmäßig ein Gebäude nachzubauen, für das der Bauplan verlorengegangen ist — oder für das es nie einen Bauplan gegeben hat. Während es kein Problem ist, an fremdem Ort eine Produktionsanlage für Automobile nachzubauen oder auch bewährte Gesetze und sogar Verfassungen zu „klonen“, gilt dasselbe nicht für Institutionen und kulturelle Muster, die sie stützen und ihren „Geist“ ausmachen. Falls sich diese Befürchtung bestätigen sollte, dann würde freilich der Universalismus des Marktes und der Demokratie als eine Luxusphilosophie denunzierbar, — als ein Partikularismus der reichen Länder, für die ihr „Triumph“ über den Staatssozialismus zugleich der Ausgangspunkt für die definitive Blamage ihres menschheitsverbindlichen Überlegenheitsanspruchs wäre.

Nun ist es weitaus zu früh, diese Frage entscheiden zu wollen. Sie soll hier nur in Erinnerung gerufen werden, um zu verdeutlichen, was bei dem soeben erst beginnenden Prozeß der vermeintlich bloß „nachholenden“ Revolution auch und gerade für unsere „Erste“ Welt auf dem Spiel steht. Auf dem Spiel steht wohlgemerkt nicht nur, ob die westlichen Demokratien sich dadurch, daß sie die Schwellen höher mauern, gegen die *externen Effekte* des östlichen Systemzusammenbruchs abschirmen können, ohne daß ihre Identität dabei auf der Strecke bleibt und sie sich an der moralischen Misere des untergegangenen Systems sozusagen infizieren. Heute fragen unsere politischen Eliten vornehmlich danach, wie die in Rostock und anderswo geschehenen wohlstandschauvinistischen Gewalttaten das „deutsche Ansehen im *Ausland*“ beschädigen könnten. Ungestellt bleibt dabei die Frage, in welchem Maße die Grundlagen für die Selbstanerkennung der zweiten deutschen Republik und ihres moralisch-politischen Anspruchs an sich selbst im *Inland so* folgenreich ramponiert werden könnten, daß die Realität der politischen Ordnung als Gegenstand eines „Verfassungspatriotismus“ schlicht untauglich wird. Auf dem Spiel steht auch nicht nur, ob der in den westlichen Demokratien heute realisierte Gesellschaftszustand von den nachkommunistischen Gesellschaften als ein *attraktives Ziel* ihrer eigenen Entwicklung adoptiert oder aber — sei es aufgrund der Relikte einer nostalgischen Kapitalismuskritik, eines Saure-Trauben-Effekts, oder wegen eines virulent werdenden reaktionären Anti-

Modernismus — zurückgewiesen wird. Auf dem Spiel steht zusätzlich drittens die Frage, ob dieses Ziel, wo sicher nicht mit eigenen Kräften, so doch auf einem mit westlicher Hilfe *zumutbar und nachvollziehbar gemachten Weg* erreicht werden kann oder ob es sich, im negativen Fall, bei dem Gesellschaftsmodell der OECD-Welt dann definitiv um ein welthistorisches Unikat handelt — um einen Akteur gleichsam, der sich nur deswegen im Genuß seiner Privilegien halten kann, weil er die Leiter hinter sich hochgezogen hat.

Für diese drei Testfragen spielt die Transformation der ehemaligen DDR die Rolle eines *Modellfalls*, eines unter noch außerordentlich *günstigen* Bedingungen veranstalteten Probelaufs im Labormaßstab. Wenn der allseits erhoffte und von der westdeutschen Seite mit riskantem Selbstbewußtsein in Aussicht gestellte Erfolg dieses notgedrungen pionierhaften Experiments dauerhaft ausbleiben sollte, dann könnte das am deutschen Beispiel demonstrierte Scheitern einer extern geförderten Transformation von den anderen postkommunistischen Gesellschaften nicht anders denn als eine entscheidende Entmutigung wahrgenommen werden.

Literatur

- Batt, Judy, 1991: „The End of Communist Rule in East-Central Europe: A Four-Country Comparison“, *Government and Opposition*, 26, No. 3, 368-390
- Biedenkopf, Kurt, 1992: „Abschied von der Aufholjagd“, *Frankfurter Rundschau* vom 27. März
- Bruszt, Laszlo, 1992: „Transformative Politics: Social Costs and Social Peace in East Central Europe“, *East European Politics and Societies*, 6, No. 1, 55 — 72
- Grundmann, Siegfried, 1992: „Regionale Disparitäten“, *Utopie Kreativ*, Nr. 17-18, März/April 1992, 52-63
- Habermas, Jürgen, 1992: „Was bedeutet ‚Aufarbeitung der Vergangenheit‘ heute? Bemerkungen zur ‚doppelten Vergangenheit‘“, in: ders., *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt*⁶, Leipzig: Reclam, 242-267
- Hirschman, Albert O., 1992: „Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik“, *Leviathan* 20, No. 3, 330-358
- Jowitt, Ken, 1992: *The New World Disorder. The Leninist Extinction*. Berkeley: University of California Press
- Kadritzke, Nils, 1992: „Die überraschende Wiederkehr des Nationalismus in die Geschichte“, *Prokla*, 22, Nr. 2, 166-188
- Kocka, Jürgen, 1990: „Revolution und Nation 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse“, *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, 19, 479 — 499
- Krüger, Hans-Peter, 1992: „Ohne Versöhnung handeln, nur nicht leben“, *Sinn und Form* 44, Nr. 1, 40 — 50

- Miszlivetz, Ferenc, 1991: „Central Europe — the Way to Europe“, unveröffentl. Ms., Budapest
- Pickel, Andreas, 1992: „Jump-starting a Market Economy: A Critique of the Radical Strategy for Economic Reform in the Light of the East German Experience“, *Studies in Comparative Communism* 25, No. 2, 177-191
- Pradetto, August, 1991: „Der Zusammenbruch der DDR – Ökonomische und politische Konsequenzen aus der Sicht mittel-osteuropäischer Länder“, in: Rolf Reißig, Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.), *Das Ende eines Experiments*, Berlin: Dietz, 75-98
- Sitzler, Kathrin, 1992: „Ungarn im Spannungsfeld von Demokratie und Geschichte“, in: Margareta Mommsen (Hrsg.), *Nationalismus in Osteuropa*, München: Beck, 96-117
- Stölting, Erhard, 1992: „Angst, Aggression und nationale Denkform“, *Prokla*, 22, Nr. 2, 225 — 241
- Stark, David, 1992a: „Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe“, *East European Politics and Societies*, 6, No. 1, 17-54 (teilw. übersetzt als „Privatisierungsstrategien in Ostmitteleuropa“, *Transit* Nr. 3, Winter 1991/92, 177-192)
- Stark, David, 1992b: „The Great Transformation? Social Change in Eastern Europe“, *Contemporary Sociology*, 21, No. 3, 299-304
- Wiesenthal, Helmut, 1992: „Sturz in die Moderne. Der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen Osteuropas“, in: Michael Brie, Dieter Klein (Hrsg.), *Zwischen den Zeiten*, Hamburg: VSA, 162-188